

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Keine Kürzung der KfW-Programme zur CO₂-Minderung im Gebäudebereich

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die KfW-Programme zur CO₂-Minderung nicht gekürzt werden und hierbei auch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm 2010 und 2011 mindestens auf dem Niveau des Vorjahres fortgeführt werden.

Begründung:

Die angedachte Halbierung der KfW-Programme für energetische Gebäudesanierung würde für den Wohnungsmarkt gerade auch in Bayern extrem negative Folgen haben. Die dringend notwendige Fortsetzung der Modernisierung von Häusern und Wohnungen würde dadurch ausgebremst. Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden im letzten Jahr vollständig ausgeschöpft, die Nachfrage nach diesen Programmen ist unvermindert hoch. Es besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf bei der energetischen Sanierung des Wohnraumbestandes.

Die KfW-Programme zur CO₂-Minderung dienen der zinsgünstigen, langfristigen Finanzierung von Investitionen zur CO₂-Minderung und zur Energieeinsparung in Wohngebäuden sowie der Errichtung von Energiesparhäusern. Das KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist unverzichtbarer Bestandteil des nationalen Klimaschutzprogramms und fördert besonders umfangreiche Modernisierungsarbeiten an Altbauten bis zum Baujahr 1978. Die hohe CO₂-Reduktion, die durch die Verpflichtung auf eine anspruchsvolle Sanierung erreicht wird, wird durch einen niedrigen Darlehenszinssatz von nominal 2,9 Prozent ermöglicht, wobei die Antragsteller sowohl selbstnutzende Eigentümer als auch private Vermieter, Wohnungsunternehmen und Kommunen sein können. Sollten die Fördertöpfe halbiert werden, droht ein abrupter Stopp der Energiesanierungsmaßnahmen bereits zur Jahresmitte, entweder dadurch, dass nicht alle Antragsteller zum Zug kommen, oder die Zinsverbilligung nicht mehr in einem attraktiven Umfang gewährt werden kann.

Die öffentliche Förderung hat vielen Haus- und Wohnungseigentümern in der Vergangenheit einen entscheidenden Anstoß gegeben, dennoch gibt es Überlegungen, den Fördertopf im laufenden Haushalt drastisch herunterzufahren: Er soll von insgesamt 2,2 Mrd. Euro im letzten Jahr auf jetzt nur noch 1,1 Mrd. Euro halbiert werden. Damit würde es zwangsläufig auch in Bayern weniger Wohnraummodernisierungen geben. Weniger Aufträge für kleine und mittlere Handwerksbetriebe gefährdeten dann auch bislang sichere Arbeitsplätze. Auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) fordert die Politik auf, das Gebäudesanierungsprogramm nicht zu kürzen.

Wer es mit dem Klimaschutz ernst meint, darf die Mittel nicht zurückfahren. Vielmehr müssten sie aufgestockt werden. Sonst wird sich Wohnungsnot und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Ballungsregionen wie der Region München in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Die durch die ENEV angestrebten steigenden Sanierungsstandards können bei einem Rückgang der Fördermittel nicht erfüllt werden. Schon jetzt klagen die Wohnungsunternehmen, dass die Förderung bei den jetzt verschärften Energiestandards nicht mehr ausreichend sei, um nach der Sanierung weiterhin sozialverträgliche Mieten gewährleisten zu können.